

03/2007
**Schwerpunkt
 Unternehmens-
 verantwortung**

Die dunklen Seiten der leuchtenden Informationselektronik

Unmenschliche Arbeitsbedingungen, Elektroschrott und wachsender Stromverbrauch



Die Informationstechnologie boomt: Die Zahl der produzierten Laptops, Computer und Handys ist in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen. Doch die mit der Herstellung, Nutzung und Entsorgung verbundenen Probleme sind kaum bekannt.

wird aber in Entwicklungsländern abgeladen. Die giftigen Bestandteile der Computer kommen wieder ans Tageslicht und gefährden die Umwelt sowie die Gesundheit der Anwohner und derjenigen, die mit dem Recycling wenige Dollar verdienen wollen.

Ein wichtiger Ansatz ist deshalb die längere Nutzung der Geräte. Die UN-Initiative Solving the E-waste Problem (StEP) treibt Bemühungen voran, um durch ein Redesign der Produkte die Weiterverwendung und das Recycling zu verbessern. Allerdings stellen die Softwareentwicklungen dafür ein Problem dar: Das neue Betriebssystem Windows Vista kann derzeit nur auf 5 Prozent der in Betrieb befindlichen Computer voll genutzt werden. Für die Nutzung sind also Neuananschaffungen nötig.

Für mehr Verantwortungsübernahmen in der IT-Beschaffung: Beteiligen Sie sich an der Aktion – siehe Seite 3!

Noch gibt es keine »fairen« Computer oder Handys, auf die Verbraucher ausweichen können. Die Lieferketten sind komplex und schwierig zu zertifizieren. Zudem lassen praktisch alle Hersteller bei den selben Firmen produzieren, die Bedingungen sind also ähnlich schlecht. Als erste Voraussetzung für Verbesserungen müsste außerdem das Bewusstsein der Konsumenten für die Bedingungen bei der Produktion von Elektronikgeräten geschärft werden. Dafür haben sich in den letzten Jahren Initiativen wie das Good Electronics Network, makeITfair und PC Global gegründet, in denen auch Germanwatch mitwirkt. Erste Erfahrungen zeigen, dass der Druck auf die Markenhersteller Wirkung zeigt. Viele haben inzwischen ihre Verantwortung anerkannt und sich mit dem Electronics Industry Code of Conduct einen Verhaltenskodex gegeben. Die Umsetzung hat jedoch Schwächen, da es keine unabhängige Kontrolle und keine Beschwerdemöglichkeiten gibt.

Ein weiterer Ansatz sind Beschwerden gegen Verletzungen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Kürzlich haben Gewerkschaften eine Beschwerde gegen Philips in Brasilien vorgebracht, eine weitere gegen eine Telefongesellschaft ist in Planung.

Gesetzliche Regelungen

Konkrete Wirkung zeigen neue gesetzliche Regelungen, vor allem zum Recycling und zu giftigen Substanzen. In der EU haben die Richtlinie zu Elektroschrott (WEEE) sowie ein Gesetz über gefährliche Substanzen (RoHS) dafür gesorgt, dass Blei in der Elektronikindustrie verboten ist und u.a. durch Kupfer ersetzt wurde. Beide Gesetze wurden 2005 mit dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz in deutsches Recht umgesetzt.

Ein weiterer Ansatz könnte das öffentliche Beschaffungswesen sein. Die öffentliche Hand kauft in Deutschland immerhin über 20 Prozent der Computer und ist somit ein großer Verbraucher. Die Verankerung von sozialen und ökologischen Kriterien beim Einkauf von Computern könnte die Hersteller ansprechen, schneller Alternativen zu schaffen.

CORNELIA HEYDENREICH
 Die Autorin ist Referentin für Unternehmensverantwortung bei Germanwatch.

Weitere Informationen im Internet:
www.germanwatch.org/corp/uv.htm

Unternehmensverantwortung in der Telekommunikationsindustrie

Interview mit Ignacio Campino von der Deutschen Telekom Seite 2

Schuffen für den Amtscomputer

Auftragsvergabe öffentlicher Institutionen Seite 3

Umsetzung der OECD-Leitsätze

Befragung deutscher Konzerne Seite 4

Editorial



CHRISTOPH BALS
 Politischer Geschäftsführer von Germanwatch

Mit Größe und Einfluss der transnationalen Unternehmen wächst auch ihre Verantwortung. Vor diesem Hintergrund nehmen wir in dieser Zeitung Herausforderungen für die schnell wachsende Informations- und Telekommunikationsbranche unter die Lupe. Diese reichen von der Bürgerkriegsfinanzierung durch Coltan-Abbau über Menschenrechtsverletzungen im komplizierten Geflecht von Zulieferfirmen bis hin zum stark steigenden Energieverbrauch der Branche. Die Beteiligung der relevanten Bezugsgruppen, entsprechende Umwelt- und Sozial-Management-Systeme, Transparenz und unabhängige Überprüfung der Versprechen bilden die Messlatte für die Wirksamkeit freiwilliger Maßnahmen. Solche Vorreiter-Initiativen können oft sehr schnell gute Praxisbeispiele entwickeln und für die Erarbeitung von Produktionsstandards unerlässlich sein. Sobald es aber um eine flächendeckende Umsetzung, die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für Vorreiter sowie große Investitionen zur Umsetzung von sozialen und ökologischen Standards geht, muss das Politiksignal »long, loud and legal« sein – langfristig, finanzrelevant und verbindlich.

Mit herzlichem Gruß

Christoph Bals

Warum ich Germanwatch wichtig finde



GERD BILLEN
 Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Fairer Handel, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung funktionieren nur, wenn die Verbraucher mitziehen. Dafür sind sie auf Informationen angewiesen, auf die sie sich verlassen können. Nur so können Verbraucher soziale und ökologische Faktoren bei ihren täglichen Kaufentscheidungen berücksichtigen.

Germanwatch setzt sich seit Jahren für zuverlässige Informationen über die Arbeits- und Produktionsweise von Unternehmen ein. Damit leistet die Organisation einen unverzichtbaren Beitrag für eine gerechte Weltwirtschaft.

Computer, Laptops und Handys gehören inzwischen zum täglichen Leben. Mehr als 90 Prozent der Jugendlichen in Deutschland haben ein Handy, 60 Prozent der Deutschen besitzen einen Computer. So verbreitet diese Produkte sind, so wenig bekannt sind die damit verbundenen Probleme: Die moderne Kommunikationselektronik hat zwar ein sauberes Image, aber die Realität sieht oft anders aus.

Das beginnt schon mit den Rohstoffen: Kupfer, Gold, Coltan und zahlreiche weitere Minerale sind Bestandteile von Handys und Laptops. Viele davon werden unter miserablen Bedingungen in Entwicklungsländern gewonnen. Gebaut werden die Geräte zum Teil in Osteuropa, vorwiegend aber in Lateinamerika und Asien. Die Hälfte der Notebooks stammt mittlerweile aus China.

Beitrag zum Klimawandel

Der überwiegende Teil dieser Geräte wird von Menschen in Industrieländern und den Reichtumsöasen des Südens genutzt. Sie wälzen also die Probleme auf den Süden und den Osten ab. Mit der Nutzung der Geräte produzieren sie weitere Probleme: Die Elektronikindustrie verzeichnet einen schnell wachsenden Anstieg beim Stromverbrauch und trägt damit erheblich zum Klimawandel bei. Bereits die Herstellung der Geräte frisst viel Strom: Ein Computer müsste länger als sieben Jahre laufen, um durch den Betrieb die gleiche Menge an Strom zu verbrauchen, die für seine Produktion benötigt wurde.

Markenfirmen produzieren die Geräte häufig nicht mehr selbst. Sie lagern die Produktion an sogenannte »Kontraktfertiger« aus. Im Gegensatz zu herkömmlichen Zulieferern, die einzelne Bauteile produzieren, stellen Kontraktfertiger im Auftrag eines

Markenunternehmens ganze Computer her. Die Einzelteile beziehen auch sie von Zulieferern. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Trend bei der Herstellung von Notebooks: Eine Handvoll Kontraktfertiger entwickeln, produzieren und liefern 85 Prozent der Notebooks für Markenfirmen.

Fehlender Arbeitsschutz

Die Arbeitsbedingungen sind alles andere als annehmbar: lange Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden täglich, niedrige Löhne, die oft nicht die Lebenshaltungskosten decken, fehlende Arbeitsverträge und keine Zulassung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Zudem sind die überwiegend in der Produktion tätigen Frauen oft schädlicheren Substanzen ausgesetzt als in der Chemieindustrie oder bei der Pestizidherstellung. Sie wissen oft nicht um deren schädliche Wirkung, noch haben sie entsprechende Schutzkleidung. Die Cadmiumvergiftungen bei mehreren chinesischen Firmen werden seit 2003 öffentlich und teilweise gerichtlich diskutiert. China hat in diesem Jahr Gesetze eingeführt, deren ernsthafte Umsetzung den Missständen einen Riegel vorschieben könnte.

Computer haben in der westlichen Welt derzeit eine Nutzungsdauer von zwei bis drei Jahren, bei Handys liegt diese sogar nur bei anderthalb Jahren. Viele Geräte werden weggeworfen, obwohl sie noch funktionstüchtig sind und aufgerüstet werden könnten. Die europäische Umweltbehörde hat berechnet, dass die Menge an Elektroschrott rund dreimal schneller wächst als jede andere Art von Hausmüll. Füllte man den jährlich weltweit anfallenden Elektroschrott von derzeit fast 40 Millionen Tonnen in Müllwagen, ergäbe dies eine Schlange um den halben Erdball. Der Großteil stammt aus Industrieländern,

»Unsere wesentlichen Herausforderungen sind Klimaschutz und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards«

Die Deutsche Telekom verspricht eine nachhaltige Konzernstrategie – Interview mit Ignacio Campino

Herr Campino, was sind die größten Nachhaltigkeitsherausforderungen für ein Unternehmen wie die Deutsche Telekom – vor allem mit Blick auf die internationale Dimension?

Aus internationaler Sicht sind vor allem der Klimaschutz und die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in der Lieferantenkette wesentliche Herausforderungen.

Was ist die Sozialcharta der Deutschen Telekom?

Die Sozialcharta der Deutschen Telekom ist eine freiwillige Verpflichtung zur Einhaltung bestimmter Standards im Unternehmen. Die Sozialcharta ist auch Bestandteil der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Telekom und gilt somit auch für unsere Lieferanten.

Die Deutsche Telekom hat sich zum Ziel gesetzt, ökologische und soziale Mindeststandards innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette einzuhalten. Die Wertschöpfungskette z.B. für ein Handy beginnt ja schon im Kongo mit dem Coltanabbau. Wie viel Einfluss nimmt die Telekom nicht nur auf ihre direkten Zulieferer, son-

dern auch auf deren Zulieferer?

Die Deutsche Telekom hat ein Lieferantemanagementsystem eingeführt, um ökologische und soziale Mindeststandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette sicherzustellen. Mit Hilfe eines e-Tools lassen sich alle relevanten Informationen erfassen. Aus den erhaltenen Informationen können wir den Bedarf nach genaueren Nachprüfungen und Audits vor Ort ableiten. Bezüglich Coltan hat die Deutsche Telekom ein »Coltanstatement« verabschiedet und verlangt Informationen von den Lieferanten bezüglich der Herkunft des Rohstoffs. Die Prüfungen der Lieferanten werden auch auf deren Lieferanten ausgedehnt. **Weshalb hat sich die Telekom zu dem Coltan-Statement bekannt und was haben Befragungen der Top-Zulieferer zu ihren Coltan-Bestimmungen ergeben?**

Der Auslöser für das Statement war die Bekanntgabe, dass im Kongo die Erlöse aus dem Coltanabbau zur Finanzierung von Parteien des Bürgerkriegs dienen. Durch die Befragungen haben wir erkannt, dass bei unseren

Top-Zulieferern ein entsprechendes Bewusstsein vorherrscht und sie ähnliche Policies und Statements bereits entwickelt haben.

Wie können solche Bestimmungen zu Coltan kontrolliert werden?

Die Branche der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) hat schon vor langer Zeit das Coltan-Problem erkannt. Deswegen hat die GeSI-Initiative (Global e-Sustainability Initiative), die sich auf internationaler Ebene für Nachhaltigkeit in der IuK-Branche einsetzt,



IGNACIO CAMPINO

Leiter des Bereichs Corporate Sustainability & Citizenship der Deutschen Telekom

in Zusammenarbeit mit »Fauna and Flora« eine große Untersuchung zu diesem Thema im Kongo durchgeführt. Die Ergebnisse und die entsprechenden Empfehlungen werden von der IuK-Branche berücksichtigt. **Im Nachhaltigkeitsbericht führt die Deutsche Telekom aus, dass die Abteilung für Corporate Social Responsibility (CSR) und die Einkaufsabteilung zusammenarbeiten. Wie sieht diese Zusammenarbeit genau aus?**

Es gibt eine konzernweite Arbeitsgruppe aus den Einheiten Einkauf und Nachhaltigkeit (Sustainable Procurement Working Group). Hier wurde eine spezielle Nachhaltige Einkaufsstrategie zur Sicherung von Nachhaltigkeitskriterien im gesamten Einkaufsprozess entwickelt und vom Procurement Leaders Team verabschiedet. In strittigen Fällen wird ein Standard-Eskalationsprozess eingeleitet. Die Entscheidung über Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten wird letztendlich vom Einkauf getroffen.

Laut Nachhaltigkeitsbericht will die Deutsche Telekom ihre Zulieferer auditieren, wobei 20 Prozent des Einkaufsvolumens aus Regionen außerhalb der EU und der USA stammen. Hier gibt es erfahrungsgemäß die größten Probleme bei der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Wie sehen die Audits für diese Zulieferer aus?

Unsere Audits konzentrieren sich zurzeit auf diese Zulieferer. Jedes Jahr auditieren wir Lieferanten, die nach unserer Bewertung ein

bestimmtes Risiko aufweisen. Dabei ist es uns wichtig, eventuelle Risiken entlang unserer Wertschöpfungskette frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sicherzustellen.

Was passiert, wenn ein Zulieferer die geforderten Standards nicht einhält?

Bei schwerwiegenden Verstößen steht am Ende der Ausschluss aus der Lieferantenliste. Dies ist aber noch niemals geschehen und auch nicht nötig gewesen. Zielsetzung unserer Bemühungen im Supply Chain Management ist die Schaffung einer effektiven und konstruktiven Beziehung mit unseren Lieferanten.

Die Deutsche Telekom ist in Deutschland einer der großen Energieverbraucher. Wie stellt sich der Konzern dieser Verantwortung?

Die Deutsche Telekom hat beschlossen, bis zum Jahre 2010 alle CO₂-Emissionen in Deutschland aus dem Stromverbrauch mit Hilfe des RECS (Renewable Energy Certificate System) – einem freiwilligen Handelssystem für Zertifikate, die für zusätzliche Erneuerbare Energien vergeben werden – zu kompensieren. **Die Telekom hat auch eine der größten Fahrzeugflotten. Wann wird diese unter dem von der EU für 2012 angepeilten Wert von 120 g CO₂ pro Kilometer bleiben?**

Die Deutsche Telekom ist ernsthaft beschäftigt mit der Reduktion der CO₂-Emissionen ihrer Flotte. So werden z.B. die umweltfreundlichsten Fahrzeuge jeder Klasse beschafft, und die Deutsche Telekom betreibt die größte Erdgasflotte Deutschlands. Mit Hilfe von Routenoptimierungen werden außerdem Fahrstrecken verkürzt, und Schulungen von Fahrern helfen, den Treibstoffverbrauch zu reduzieren. Eine Angabe über den Zeitpunkt für die Erreichung des Emissionswertes von 120 g CO₂ pro km kann noch nicht gemacht werden. Es hängt sehr von den Entwicklungen in der Fahrzeugindustrie ab. Wir müssen unsere Fahrzeuge nach den Bedürfnissen der Serviceeinheiten beschaffen, damit wir unseren Kunden einen guten Service anbieten können.

INTERVIEW: CHRISTOPH BALS UND CORNELIA HEYDENREICH

Das vollständige Interview können Sie nachlesen unter www.germanwatch.org/zeitung/2007-3-int.htm



Coltan wird aufgrund seiner Verwendung in der Raumfahrtindustrie sowie in der Computer- und Kommunikationstechnologie auch als »strategische Ressource« bezeichnet.

»Mit dem Verkauf dieses Handys werden keine Kriege in Afrika finanziert«

Haben Sie einen solchen Aufdruck beim Kauf Ihres Handys auf der Verpackung gefunden? Nein? Das ist kein Wunder, denn transparente Handelswege gibt es in diesem Bereich nicht.

Ein wichtiger Rohstoff für die Handy-Herstellung ist Coltan. Es enthält das seltene und teure Metall Tantal. Insbesondere der Boom der Mobilfunkindustrie machte Coltan zu einem sehr begehrten Rohstoff auf dem internationalen Markt.

Das Verlangen nach Rohstoffen hat 1996 wesentlich zum Entstehen eines Krieges in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) beigetragen, der bisher bis zu vier Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Trotz Friedensabkommen und einer demokratisch legitimierten Regierung setzt sich der Konflikt im Ostkongo fort. Täglich sterben 1.000 Menschen aufgrund von Kampfhandlungen und humanitären Katastrophen. 1,25 Millionen Menschen sind auf der Flucht.

Bereits 2001 stellten die Vereinten Nationen in einem Bericht zur illegalen Ausbeutung von Rohstoffen in der DR Kongo fest, dass das Ziel des Krieges die Kontrolle und Ausbeutung von Rohstoffen wie Coltan, Diamanten und Gold sei. Kürzlich bestätigte ein weiterer Bericht der UN, dass noch heute die illegal gewonnenen Rohstoffe die Hauptfinanzierungsquelle der Rebellen seien. Nach einer jüngsten Studie des Pole-Instituts halten heute v.a. Zinnerze den Konflikt am Laufen.

Die Rohstoffe werden zumeist von lokalen Schürfern unter primitivsten und unmenschlichen Bedingungen abgebaut. Internationale Firmen oder Zwischenhändler zahlen dafür Abgaben an die Rebellen und finanzieren damit Waffenkäufe. Das Entwicklungsministerium (BMZ) setzt auf

Transparenz und zertifizierte Handelsketten. Ein Verfahren vergleichbar dem Kimberley-Prozess, einer Zertifizierung für Diamanten, wird angestrebt. Zudem soll die Handelskette vom Erzeuger bis zum Verbraucher kontrolliert werden. Eine solche Zertifizierung ist aber nur dann sinnvoll, wenn sich alle Import- und Exportländer beteiligen.

Auch die verarbeitenden Firmen stehen in der Verantwortung. So versucht die GeSI-Initiative, eine Sektorinitiative der Informationselektronik, deren Lieferkette zu durchleuchten.

Ein weiterer wichtiger Ansatz wird von der Kampagne »Publish What You Pay« (PWYP) und von Transparency International getragen. Die Organisationen fordern, dass alle Konzerne veröffentlichten, welche Gebühren und Steuern sie für ihre Rohstoff-Geschäfte an die Regierungen zahlen. Multinationale Firmen müssten somit ihre Geschäfte transparenter machen.

Im Mai 2006 trat die DR Kongo unter internationalem Druck der EITI (Extractive Industry Transparency Initiative) bei. Ein technisches Komitee aus Regierung, Zivilgesellschaft und Industrie wurde gegründet. Die neue Regierung scheint aber im Alleingang über die Rohstoffnutzung entscheiden zu wollen und ließ erst im September 2007 die anderen Partner des Komitees bei einem Erlass zur Umsetzung der EITI außen vor. Um den Strategien zum Erfolg zu verhelfen, muss jedoch auch die kongolesische Regierung in demokratischer und transparenter Weise mit den Rohstoffen umgehen.

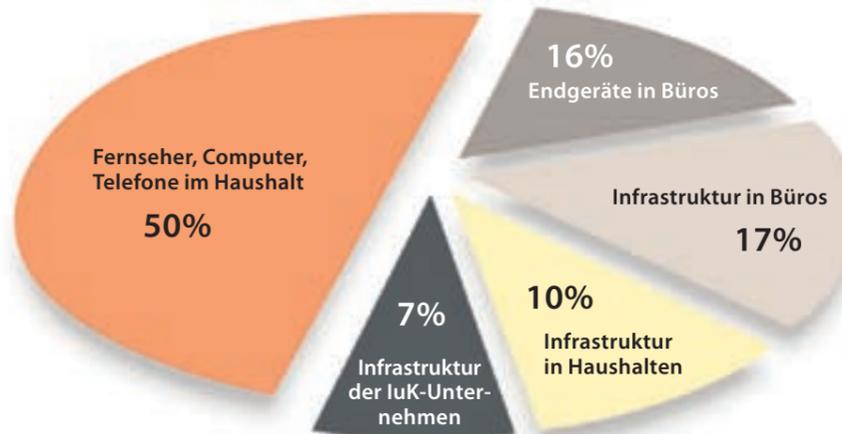
DR. KARIN MÜLLER

Die Autorin ist Koordinatorin des Ökumenischen Netzes Zentralafrika (ÖNZ).

Weitere Infos: www.oenz.de

Stromhunger der virtuellen Welt

FAKTEN ZUM ENERGIEBEDARF DER INFORMATIONSD- UND KOMMUNIKATIONSBRANCHE



Der Energiebedarf der Informations- und Kommunikationsbranche in der EU wächst rasant. Im Jahr 2003 betrug er schon 7,5 Prozent der gesamten Stromnutzung in der EU sowie der Nachbarstaaten Schweiz, Norwegen, Türkei, Mazedonien und Kroatien. Es wird erwartet, dass der Stromverbrauch der Branche weiter schnell wächst – alleine bis 2010 um mehr als ein Viertel.

Etwa 50 Prozent des Strombedarfs entfallen auf Fernseher, Computer und Telefone im Haushaltsbereich. Hier spielt vor allem die wachsende Zahl der PCs eine große Rolle. Aber auch die Anzahl der Fernseher nimmt weiter zu, leider nicht nur bei den relativ stromsparenden LCD-Geräten. Auch die fast das Dreifache an Strom schluckenden Plasma-Geräte verkaufen sich weiter gut.

Die Büro-Endgeräte schlucken etwa 16 Prozent des Stroms im Sektor. Hier kompensiert

der Umstieg auf energiesparendere Monitore den Zuwachs an Geräten. Ein weiteres Potenzial wäre durch den Umstieg von Laser- auf Tintenstrahl-Drucker zu erschließen, die weniger als ein Fünftel des Stroms verbrauchen. Der Trend zeigt jedoch eine eindeutige Zunahme bei den Laserdruckern.

Weitere 17 Prozent des Stroms entfallen auf die Büroinfrastruktur, zehn Prozent auf die Infrastruktur in Haushalten, und ungefähr sieben Prozent werden für die Infrastruktur der Telekommunikationsunternehmen genutzt. Bei Letzterem ist ein besonders starkes Wachstum des Energiebedarfs zu verzeichnen, was vor allem auf den Umstieg auf DSL und UMTS zurückgeht.

Angesichts ihrer Bedeutung ist bei der Energieeinsparung ein besonderer Schwerpunkt auf Fernseher, Audio-Geräte, Server und die Infrastruktur der Mobilfunkanbieter zu legen. (CB)

Schuften für den Amtscomputer

Öffentliche Institutionen müssen sich bei der Auftragsvergabe an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation sind weltweit 18 Millionen Menschen in der Elektronikindustrie beschäftigt, über ein Drittel davon in China. Oft leiden die Arbeiter unter sehr schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen.

Bei der Wahl ihrer Computer zählt für Bund, Länder und Kommunen in Deutschland bislang nur ein Kriterium – der niedrigste Preis. Dabei geht es laut dem Bundesverband der IT-Branche (Bitkom) um ein Auftragsvolumen von allein 2,4 Milliarden Euro im Jahr 2006. Diese Ausgaben werden mit der Umstellung auf das neue Betriebssystem Windows-Vista in den nächsten Jahren noch in die Höhe schnellen. Dieses ist wegen der vielen automatisch laufenden Programme energieintensiver und stellt viel höhere Anforderungen an die Hardware.

Bislang ist eine sozial-ökologische Kaufempfehlung nicht möglich, da die Arbeitsbedingungen bei allen Computer produzierenden Firmen bzw. ihren Zulieferern schlecht sind. Zwar unterzeichneten mit Ausnahme von Fujitsu-Siemens-Computers, dem Marktführer in Deutschland, alle Markenkonzerne den brancheneigenen Verhaltenskodex. Dieser ist jedoch freiwillig und hat bislang nicht zu einer wirklichen Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards in der Computerproduktion geführt. So berichtet ein Arbeiter des Unternehmens Foxconn, das in China Computer für den Weltmarkt produziert und den Kodex selbst unterzeichnet hat: »Ich mische Farben für die Herstellung von Computern. Einige davon sind hochgiftig. Ich habe gehört, dass 30 Prozent der Arbeiter aus diesem Bereich unfruchtbar werden.«

Ein wichtiger Hebel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wäre es, wenn öffentliche Institutionen und Gemeinden bei der Ausschreibung von Computern die Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO) zu einem Vergabekriterium erklären würden. Nun wären die Unternehmen in der

Projekte und Netzwerke

■ »Good Electronics« ist ein internationales zivilgesellschaftliches Netzwerk zu Menschenrechten und nachhaltiger Produktion in der Elektronikindustrie. Germanwatch ist Kooperationspartner des Netzwerks.

Aktuelle Informationen können bezogen werden über den Newsletter sowie über die Homepage www.goodelectronics.org.

■ »PC global« ist ein Projekt von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung), das sich mit der Umwelt- und Entwicklungsdimension globaler Wertschöpfungsketten am Beispiel der Computerbranche befasst. Weitere Informationen sind verfügbar unter www.pcglobal.org.

Zum Weiterlesen: Bormann, Sarah et. al: Unsichtbare Kosten. Ungleiche Verteilung ökologischer Risiken in der globalen Computerindustrie. WEED-Arbeitspapier, August 2007. Voelpel, Eva (Hg.): High-Tech-Sweatshops in China. WEED-Arbeitspapier, September 2007. Zu bestellen unter: www.weed-online.org

■ Das »CorA-Netzwerk« ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk zu Unternehmensverantwortung. Germanwatch ist Gründungsmitglied. Aktueller Schwerpunkt ist eine Kampagne zu sozialen und ökologischen Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen. Germanwatch unterstützt diese Kampagne mit der untenstehenden Aktion. Weitere Infos unter www.cora-netz.de

Pflicht nachzuweisen, dass diese Normen in den Zulieferketten eingehalten werden. Verschweigen sie die Verletzungen von Arbeitsrechten in ihren Lieferketten, so könnte dies unter bestimmten Bedingungen sogar zu einer Vertragsstrafe führen. Das Thema wäre damit im Licht der Öffentlichkeit.

Wünschenswert wäre, dass sich die öffentliche Hand nicht nur optional zu universellen Rechten wie den ILO-Kernarbeitsnormen bekennt, sondern dass dies zur Regel wird. Um soziale und ökologische Kriterien für die Auftragsvergabe festzuschreiben, bietet die aktuelle zweite Stufe der Vergaberechtsreform eine Chance. Damit würde die Bundesregierung eine längst überfällige EU-Vergaberichtlinie umsetzen. Insbesondere das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung setzt sich auf Bundesebene für eine solche Politik ein (siehe Aktion auf dieser Seite). Doch bereits die Erwähnung sozialer Kriterien für die Auftragsvergabe droht am Widerstand des Wirtschaftsministeriums und einer starken Unternehmenslobby zu scheitern.

SARAH BORMANN

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung)

Projektvorstellung

makeITfair

■ »makeITfair« ist ein Projekt zur Unternehmensverantwortung in der Informationstechnologie, an dem Germanwatch beteiligt ist. Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit sind v.a. junge Menschen. Schwerpunkt des ersten Jahres sind die in der IT-Industrie verarbeiteten Rohstoffe sowie menschenrechtliche, soziale und ökologische Probleme im Zusammenhang mit ihrer Förderung. In den kommenden Monaten werden Studien zu Kobalt, Coltan, Platin, Titan und Zinn veröffentlicht.



Der massive Abbau von Coltan und anderen Mineralen für die Elektronikgüter-Produktion verursacht enorme soziale und ökologische Probleme in den jeweiligen Ländern – wie hier im Kongo.

Computer als Goldgrube

Rohstoffe für die Herstellung von Informationselektronik

Laptops, Computer und Handys enthalten neben Gold auch Silber und Platin sowie zahlreiche weitere Minerale. Der starke Boom der Informationstechnologie (IT) lässt auch die Nachfrage nach diesen Rohstoffen in die Höhe schnellen. Von der weltweiten Kobaltproduktion werden beispielsweise 25 Prozent für wiederaufladbare Batterien verbraucht. Die Tendenz ist stark steigend und treibt den Kobaltpreis in die Höhe.

Manche Rohstoffe werden nur in geringen Mengen verarbeitet, sind aber wie Coltan essentielle Rohstoffe für diese Industrie. Auch Zinn stellt ein wichtiges Mineral für die IT-Industrie dar. Der überwiegende Teil der Rohstoffe wird heute in Entwicklungsländern abgebaut. Dort tragen die Rohstoffe aber nicht unbedingt zum Reichtum der Länder, sondern oft zu Problemen bei.

Rohstoffhandel kann Bandenkriege anheizen, wie zum Beispiel der Handel von Coltan und Zinnerz im Kongo. Häufig werden die Rechte lokaler Gemeinschaften verletzt, die im Umfeld von Rohstoffvorkommen leben. Insbesondere beim großflächigen Goldtagebau kommt es zu Zwangsumsiedlungen. Kleinbauern in Ghana erhielten in der Vergangenheit nur eine Entschädigung von sieben Dollar für einen Kakaobaum, der im Jahr einen Ertrag von 35 Euro einbringen würde. Wer eine Arbeit im Rohstoffabbau gefunden hat, leidet oft unter geringen Löhnen und ernsthaften Gesundheitsproblemen. So fehlen häufig Arbeitsschutzmaßnahmen oder sind sehr mangelhaft. Zunehmend werden Rohstoffe auch in Quellgebieten wichtiger Flüsse erschlossen und gefährden die lokale Wasserversorgung,

da Wasser umgeleitet oder verseucht wird. In einigen Fällen, z.B. beim Platinabbau in Südafrika, hat der Widerstand gegen den Rohstoffabbau zu Auseinandersetzungen mit Todesfällen geführt.

Vielfach investieren multinationale Konzerne in den Rohstoffabbau. Eine Weltbankstudie ergab, dass der Kobaltabbau in Sambia nach seiner Privatisierung die Umwelt stärker verschmutzte als unter staatlicher Führung. Häufig geben sich die Entwicklungsländer einem Wettbewerb um ausländische Investitionen hin und reduzieren dabei die Umwelt- und Sozialstandards im Bergbau.

Ein wichtiger Schritt, um den Nutzen des Bergbaus für die lokalen Gemeinden zu erhöhen, sind Transparenz-Initiativen. Unternehmen sollen offenlegen, welche Gebühren und Steuern sie an Regierungen zahlen. Lokale Gemeinden können dann eine demokratisch kontrollierte Nutzung der Gelder verlangen.

Direkter Druck von Konsumenten ist schwierig, da Verbraucher im Gegensatz zu Kaffee oder Bananen die Minerale nicht im Geschäft kaufen. Deshalb stehen die verarbeitenden Unternehmen, auch die Telekommunikationsindustrie, in der Verantwortung. Diese gehen wie die Telekom erste Schritte, können aber bisher kaum die komplexen Transportwege ihrer Zulieferfirmen kontrollieren.

Recycling ist ein weiterer Ansatz. Ein ausgemusterter Computer ist nicht Müll, sondern eine wichtige Rohstoffquelle. Die Richtlinie zu Elektroschrott auf EU-Ebene und die StEP-Initiative auf UN-Ebene fördern jetzt die Rückgewinnung der Minerale.
CORNELIA HEYDENREICH

Steuergelder ökologisch und sozial ausgeben! Sagen Sie Ihre Meinung!

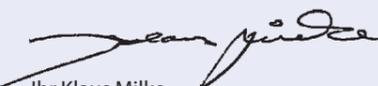
■ Cadmiumvergiftungen in der chinesischen Computerproduktion, sklavenähnliche Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen, Pestizidvergiftungen auf Blumenplantagen in Guatemala – völlig unannehmbare Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen sind leider Alltag in vielen Fabriken, Plantagen und Minen, die weltweit für multinationale Unternehmen produzieren. Gekauft werden diese Produkte auch mit unseren Steuergeldern – die Auftraggeber der öffentlichen Hand sind hier die größten Konsumenten im Lande. Bisher spielen soziale und ökologische Kriterien beim Einkauf des Staates noch kaum eine Rolle. Aber ohne Gesetzesänderung können auch gutwillige Kommunen oder Landesregierungen nur sehr begrenzt handeln.

Momentan werden die Weichen dafür gestellt, ob sich dies in der Zukunft ändert. Die Ministerien verhandeln einen Gesetzentwurf zum öffentlichen Beschaffungswesen, der eine längst überfällige EU-Richtlinie in

deutsches Recht umsetzen soll. Das federführende Wirtschaftsministerium blockiert bisher die Festschreibung von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Beschaffung.

Sagen Sie Ihre Meinung! Schreiben Sie einen Brief oder eine E-Mail an den Wirtschaftsminister Michael Glos. Dieser soll sich im laufenden Gesetzesverfahren für die Aufnahme verbindlicher sozialer und ökologischer Kriterien ins deutsche Vergaberecht einsetzen.

Ein Musterschreiben können Sie bestellen bei Anika Busch, E-Mail busch@germanwatch.org, Tel. 0228-60492-23, oder herunterladen unter www.germanwatch.org/zeitung/2007-3-brief.htm. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!


Ihr Klaus Milke
Germanwatch-Vorstandsvorsitzender

Weitere Infos zum öffentlichen Beschaffungswesen unter www.cora-netz.de

Ja, ich unterstütze Germanwatch!

- Ich spende an Germanwatch den Betrag von _____ Euro.
- Ich werde regelmäßiger Förderer von Germanwatch mit einem monatlichen Beitrag von
 5 Euro / 20 Euro / 50 Euro / _____ Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:
 einmalig / monatlich / halbjährlich / jährlich

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum

Unterschrift

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ

Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

Termine

- **Bonn, 20.10.07, 11-17 h:** Tag der Vereinten Nationen. U.a. mit einem Germanwatch-Stand zum Thema Armut und Hunger. Ort: Marktplatz
- **Herne, 22.10.07, 19-21.15 h:** Prima Klima? Vortragsveranstaltung mit der Germanwatch-Klimaexpedition. Veranstalter: Eine-Welt-Zentrum Herne / VHS Herne. Kontakt: Sven Harmeling, harmeling@germanwatch.org
- **Aachen, 24.10.07, 20 h:** »Brand-Global-Lokal«, Diskussionsveranstaltung zu Unternehmensverantwortung, u.a. mit Cornelia Heydenreich. Kontakt: Michael Hippler, hippler@misereor.de
- **Mainz, 26.10.07, 10-15.30 h:** Workshop zum Klimaschutz und zum Einsatz Erneuerbarer Energien. Kontakt: Jens Levin, jens.levin@gmx.de
- **Berlin, 5.11.07, 19 h:** Podiumsdiskussion »Corporate Social Responsibility – wenn Unternehmen Gutes tun«, u.a. mit Klaus Milke. Ort: Senatsaal der Humboldt-Universität. Infos: www.hufw.de
- **Bonn, 7.11.07, 19:30 h:** Zu Heiß zum Überleben? Die Folgen des Klimawandels für die Entwicklungsländer. Vortrag und Diskussion mit Dr. Manfred Treber. Ort: VENRO-Sitzungssaal, Kaiserstr. 201.
- **Bonn, 24.11.07, 10-16 h:** »Zehn Tage bis zum Klimagipfel in Bali«, Entwicklungs- und Klimapolitische Fachtagung der Stiftung Zukunftsfähigkeit und von Germanwatch zum 10-jährigen Jubiläum der Stiftung. Anmeldung und weitere Info: Anika Busch, busch@germanwatch.org.
- **Berlin, Neurath, 8.12.07:** Klima-Aktionstag (siehe Kasten). Weitere Infos: www.die-klima-allianz.de

Wer wir sind – was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin
(BLZ 100 20 500). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dürte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Gerold Kier, Klaus Milke. Layout: Udo Tremmel/Heiko von Schrenk, Berlin. Auflage 99.000. Diese Ausgabe wurde gefördert durch die Europäische Union, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und die Stiftung Umverteilen. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und müssen nicht unbedingt die offizielle Meinung unserer Förderer darstellen.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz (1-2 Aussendungen im Monat). www.germanwatch.org/kliko
- OECD Watch: Model National Contact Point. Kostenlos. www.germanwatch.org/corp/oecewatch.htm
- Fact Sheet: OECD Watch and Eurosif: SRI Criteria and the OECD Guidelines. Kostenlos. www.germanwatch.org/corp/oecewatch.htm
- Hintergrundpapier: Bali wird zur Nagelprobe von Heiligendamm. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/g8klim07.htm
- Entwicklungszusammenarbeit, Regierungen, ODA und NGOs. Die Gesetzesvorhaben in Korea und die Situation in Deutschland. Vortrag von Ludger Reuke in Seoul. Kostenlos. www.germanwatch.org/ez/korea07.htm

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname
Evtl. Organisation/Firma
Straße
PLZ, Ort
Tel./Fax
E-Mail

Sozial- und Umweltstandards als Unternehmensstrategie

Deutsche Unternehmen zur Umsetzung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen befragt

Die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen sind das aktuell umfassendste und weitreichendste Instrument für globale Unternehmensverantwortung. In einer Befragung wollte Germanwatch von etwa 20 großen deutschen Unternehmen, die sich ausdrücklich zu den Leitsätzen bekennen, Informationen zu ihrer Umsetzung der sozialen und ökologischen Ziele erhalten. Außerdem sollten die Unternehmen Auskünfte über die Integration der OECD-Leitsätze in die Unternehmensstrategie geben und schließlich die Leitsätze bewerten.

Die Antworten der befragten Unternehmen – darunter Automobilkonzerne, Telekommunikationsunternehmen, Versicherungen, Energieversorger, Textilhersteller sowie Tourismusunternehmen – waren sehr unterschiedlich. Während einige der angefragten Unternehmen ausführliche Informationen zu ihrer Nachhaltigkeitsstrategie machten, gaben andere keine oder nur unvollständige Antworten ab, z.B. Bayer und Volkswagen. Es wurde deutlich, dass einige Firmen die Leitsätze bereits intensiv analysiert und konkrete Strategien zu deren Umsetzung implementiert haben, während andere Unternehmen sich lediglich zu den Grundsätzen bekennen. Zudem ist festzustellen, dass mit Adidas, C&A sowie Karstadt-Quelle alle befragten Textilunternehmen vollständig und als erste den Fragebogen beantwortet haben.

Die meisten Unternehmen finden die Leit-



Wenn Computer- und Handyproduzenten oder ihre Zulieferer Sozial- und Umweltstandards nicht einhalten, müssen sie mit Beschwerden wegen Verletzung der OECD-Leitsätze rechnen.

sätze verständlich formuliert und halten eine weitere Konkretisierung oder sektorspezifische Auslegung nicht für erforderlich. Allerdings haben viele Unternehmen bisher lediglich unzureichende Strategien zur Umsetzung und Kommunikation der Leitsätze entwickelt. Zumeist nutzen die Konzerne die Leitsätze zur Entwicklung eigener unternehmensspezifischer Standards.

In den meisten Unternehmen erfolgt die Berichterstattung über einen Managementbericht. Einige Unternehmen dokumentieren die Leitsätze zudem auf ihrer Website, in Mailings oder Workshops. Außerdem berichteten die Unternehmen über mangelndes Interesse der Kunden und anderer Stakeholder. Dies

zeige den geringen Bekanntheitsgrad der Leitsätze in der Öffentlichkeit. Die Umsetzung der Leitsätze und auch anderer sozialer und ökologischer Standards ist oft nur mangelhaft in die Unternehmensstrategie integriert, da eine spezielle Nachhaltigkeits-Abteilung oft eher parallel zu den anderen Abteilungen als mit ihnen zusammen arbeitet.

Da NRO und Gewerkschaften bei Nichteinhaltung der Leitsätze Beschwerden vorbringen können, droht Unternehmen bei Nichteinhaltung der OECD-Leitsätze ein Reputationsrisiko.

ANIKA BUSCH

Die Autorin ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Germanwatch

Mangelhafte Umsetzung der OECD-Leitsätze

Interessenskonflikt der deutschen Kontaktstelle auflösen

Kinderarbeit bei Zulieferern von Bayer, Verletzung mexikanischer Arbeitsrechte bei Continental und jüngst die klimaschädliche Konzernstrategie bei VW – diese Vorwürfe hat Germanwatch im Rahmen von Beschwerden im deutschen Wirtschaftsministerium vorgetragen. Dort ist die Nationale Kontaktstelle (NKS) angesiedelt, die Umsetzungsinstanz für die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen. Die Leitsätze sind zwar nicht völkerrechtlich verbindlich, jedoch bisher das stärkste internationale Instrument für Unternehmensverantwortung. Die Praxis ist allerdings bisher mangelhaft.

Kein Wunder, wenn man sich den Interessenskonflikt der Kontaktstelle vor Augen führt. Die Instanz befindet sich im Wirtschaftsministerium in der Abteilung für Auslandsinvestitionen, die sich um die Förderung der deutschen Wirtschaft kümmern soll. Das geht nicht immer einher mit Anliegen wie Menschenrechten und Umweltstandards.

International gibt es andere Strukturen: Die Hälfte der weltweit 39 Kontaktstellen besteht aus mehreren Ministerien, in neun Ländern sind Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände eingebunden, in zwei Fällen

sogar NRO. Eine wichtige Rolle spielt zudem in einigen Ländern das Parlament, wie Erfahrungen aus den Niederlanden und Großbritannien zeigen. In Großbritannien entstand in der Folge eines kritischen Parlamentsberichts eine interministerielle NKS. Ein Beirat von externen Experten überwacht deren Arbeit. In den Niederlanden besteht die NKS seit diesem Jahr aus einem unabhängigen Expertengremium, in dem die Regierung einen Sitz hat. Das internationale NRO-Netzwerk OECD Watch hat solche Erfahrungen ausgewertet und ein Modell für Kontaktstellen entwickelt.

Auch für Deutschland wären derartige Veränderungen begrüßenswert. Ein Bündnis

aus 15 NRO hat den Bundestag aufgefordert, aktiv zu werden. Als eine Reaktion will die Arbeitsgruppe Eine Welt der SPD nun prüfen, ob auch in Deutschland eine interministerielle Struktur eingerichtet werden soll.

In diesem Jahr gab es höchste politische Aufmerksamkeit für die OECD-Leitsätze auf internationaler Ebene: Die G8-Staaten verpflichteten sich in ihrer Abschlusserklärung, diese durch die NKS aktiv zu fördern. Auch die G8-Arbeitsminister streben eine wirksamere Tätigkeit der NKS an.

Unterstützung gibt es auch aus der Finanzwirtschaft: Insbesondere Ratingagenturen und Investmentfonds würden die OECD-Leitsätze gern stärker nutzen. Aber die Abschlusserklärungen von Beschwerdeverfahren sind bisher zu unkonkret. Germanwatch versucht im Rahmen von OECD Watch und gemeinsam mit dem europäischen Verband Eurosif (European Social Investment Forum), weitere Verbesserungen zu bewirken. Die OECD-Leitsätze stellen nur ein sinnvolles Instrument dar, wenn sie effektiv umgesetzt werden. Das ist noch ein weiter Weg.

CORNELIA HEYDENREICH

Weitere Infos: www.germanwatch.org/corp/uv.htm



Die Zeit ist reif!
Hunderttausende demonstrieren am 8. Dezember weltweit für ernsthaften Klimaschutz. Machen Sie mit!

Schlechte Arbeitsbedingungen für Produzentinnen in Polen

Erste Ergebnisse einer Untersuchung von IT-Unternehmen

Handys und Laptops werden nicht nur im Süden produziert, sondern auch in Osteuropa. Im Rahmen des Projekts »makeITfair« führte die Karat-Koalition im Jahr 2007 eine Studie bei Unternehmen der Informationstechnologie (IT) in Polen durch. Karat ist ein Netzwerk aus Zentral- und Osteuropa zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und fokussierte die Untersuchung der Arbeitsbedingungen auf diesen Aspekt. Während in der IT-Industrie tendenziell die Männer in den Forschungsabteilungen und Führungspositionen gutes Geld verdienen, arbeiten die Frauen für sehr viel geringere Löhne und unter schlechteren Bedingungen zumeist in der Produktion.

Karat hat drei Unternehmen identifiziert, die in Polen Informationselektronik produzieren. Die Firma Flextronics, ein Vertragsfertiger aus Singapur, stellt Handys her. NTT System S.A. und Zatra S.A. aus Polen produzieren Laptops und Computer. Karat sprach mit

Arbeiterinnen bei Flextronics sowie mit Gewerkschaften und Vertretern von Zatra. Alle Versuche, mit Arbeiterinnen von NTT System zu sprechen, sind bisher fehlgeschlagen.

Das größte Problem für die Arbeiterinnen besteht in den sehr niedrigen Gehältern. Die Löhne erlauben es vielen Frauen nicht, die Armutsgrenze zu überwinden und ihre Familien zu ernähren. Die Arbeitszeiten werden fast nie eingehalten, Überstunden sind die Regel. Zudem sind viele Arbeiterinnen unter schlechteren Bedingungen über Arbeitsagenturen angestellt mit der Konsequenz, dass Arbeitsnormen weniger stringent eingehalten werden. Auf dem Papier haben Leiharbeitskräfte sowie Festangestellte im Krankheitsfall oder bei Schwangerschaft zwar umfassende Rechte. Die Frauen trauen sich aber oftmals nicht, diese Rechte einzufordern. In vielen Fällen haben diese Faktoren zu Abwanderungen der Arbeiterinnen ins europäische Ausland geführt.

Die Herstellung von Handys, MP3-Playern und Laptops erlebt in Polen einen Aufschwung. Das Hauptargument für ausländische Investitionen sind die im Vergleich zu anderen EU-Staaten extrem niedrigen Gehälter sowie die Nähe zu europäischen und russischen Märkten. Aktuell sind vor allem die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Markenunternehmen wie Samsung, Motorola und Siemens in Polen angesiedelt.

In den Jahren 2008 und 2009 wird Karat ähnliche Untersuchungen in der Tschechischen Republik und in Ungarn durchführen. Die Ergebnisse der bisherigen Forschungen verdeutlichten jedoch auch für Polen den Bedarf nach weiteren Forschungen sowie nach Kampagnen zu den Arbeitsbedingungen bei der Produktion von Elektronik-Gütern.

ANITA SEIBERT

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei KARAT. Weitere Infos: www.karat.org